

# WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Infoblatt für eidgenössische ParlamentarierInnen | Wintersession 2012



## Ein Thema mit Potential

Das Thema Unternehmen und Menschenrechte/Umweltschutz gewinnt immer mehr an Bedeutung. 2011 hat der Uno-Menschenrechtsrat entsprechende Leitprinzipien verabschiedet, die nun von allen Staaten umgesetzt werden sollen. Gleichzeitig sind die OECD-Guidelines für multinationale Konzerne überarbeitet worden. Im Juni dieses Jahres wurde in der Schweiz die Petition „Recht ohne Grenzen“ mit über 135'000 Unterschriften eingereicht. Sie verlangt verbindliche Regeln für international tätige Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte und Umweltvorschriften. Schliesslich sorgt die Tatsache, dass die Schweiz immer mehr zur internationalen Drehscheibe des Rohstoffhandels wird, für viel Diskussionsstoff. Die wachsende Bedeutung des Themas spiegelt sich auch in zahlreichen parlamentarischen Vorstössen der letzten Monate.

Mit diesem Infoblatt will die Allianz „Recht ohne Grenzen“, die sich für klare Regeln für Konzerne einsetzt, einmal pro Session über wichtige Entwicklungen und Ereignisse im Spannungsfeld Wirtschaft – Menschenrechte/Umweltschutz informieren.

Implementierungsplan vorzulegen: Grossbritannien, Frankreich und die Niederlande haben bereits damit begonnen. In der Schweiz ist das einzige amtliche Dokument zu CSR ein Konzept des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Es stammt aus dem Jahr 2009 und trägt den Beschlüssen des Uno-Menschenrates nicht Rechnung. Der Bundesrat, der die Arbeiten von John Ruggie unterstützt hat, lancierte im Mai 2012 eine Multistakeholder-Plattform, die VertreterInnen aus Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zum Austausch über die Leitprinzipien und die Folgen für die Schweiz dient.

Damit dieser Prozess gestärkt wird, hat Nationalrat Alec von Grafenried ein Postulat eingereicht, welches eine Ruggie-Strategie für die Schweiz verlangt. Der Bundesrat empfiehlt das Postulat zur Annahme und unterstreicht in seiner Antwort die Bedeutung der Uno-Leitprinzipien für unser Land. Da das Postulat bestritten wurde, wird der Nationalrat am 14. Dezember darüber abstimmen.

## Im Brennpunkt

### Nationalrat: Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz

Im Juni 2011 nahm der Uno-Menschenrechtsrat die von John Ruggie (ehem. Uno-Sonderbeauftragter für Unternehmen und Menschenrechte) erarbeiteten Leitsätze einstimmig an. Sie bedeuten einen Paradigmenwechsel für die Definition der sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen.

Die Uno-Leitprinzipien bekräftigen, dass dem Staat im Bereich Unternehmen und Menschenrechte eine aktive Rolle zukommt: Der Staat muss die Bevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen schützen und Unternehmen darin unterstützen, den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt zu garantieren. Ebenso muss der Staat den Zugang von Opfern zur Justiz bzw. Wiedergutmachung sicherstellen. Dazu empfehlen die Uno-Leitprinzipien eine Kombination von freiwilligen und rechtlich verbindlichen Massnahmen.

Die Europäische Union ist bereits daran, die Ruggie-Leitprinzipien zu implementieren. Sie hat im Oktober 2011 „Corporate Social Responsibility CSR“ neu definiert und die Mitgliedsstaaten beauftragt, nationale Strategien zur Umsetzung der Leitprinzipien zu erarbeiten. EU-Mitgliedsstaaten sind ebenfalls aufgerufen, einen

## Schauplatz International

### USA: Dodd-Frank-Act, Section 1502

Ende August verfügte die US-Börsenaufsicht SEC, dass an US-Börsen kotierte Unternehmen und deren Zulieferer künftig die Herkunft ihrer Mineralien offenlegen und nachweisen müssen, dass sie nicht zur Finanzierung von Konflikten wie in der Demokratischen Republik Kongo dienen. Ausländische Firmen, die in den USA tätig sind, werden davon voraussichtlich ebenfalls betroffen sein, sofern sie gegenüber der Börsenaufsichtsstelle berichtspflichtig sind. Die Regelung tritt 2014 in Kraft. Im Hinblick darauf haben betroffene Elektronikfirmen Rückverfolgungssysteme entwickelt, die sie noch vor wenigen Jahren als völlig unpraktikabel verwarfen.

### Grossbritannien: Erweiterte Sorgfaltspflicht für Firmen

Das britische Gesetz über Kapitalgesellschaften (Companies Act) ist kürzlich revidiert worden. Dabei wurde die Sorgfaltspflicht, welcher die Mitglieder eines Verwaltungsrates unterstehen, erweitert. In Zukunft müssen die VerwaltungsrätInnen nicht mehr nur die Interessen der Firma wahren, sondern auch die Auswirkungen der Geschäftstätigkeit ihrer Firma auf die Menschenrechte beachten. Zudem müssen die Firmen in ihren Jahresberichten über dieses Thema Rechenschaft ablegen.

## Schauplatz Schweiz

### APKs diskutieren Petition „Recht ohne Grenzen“

Die Aussenpolitischen Kommissionen haben am 11. (Ständerat) bzw. 30. Oktober (Nationalrat) über die Petition „Recht ohne Grenzen“ diskutiert. Die Petition, die von über 135'000 Personen unterzeichnet worden ist, verlangt von Bundesrat und Parlament, mit gesetzlichen Bestimmungen dafür zu sorgen, dass international tätige Konzerne mit Hauptsitz in der Schweiz überall auf der Welt die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten müssen, und dass Betroffene hier Wiedergutmachung einfordern können.

Die APK-S hat noch keinen Entscheid zur Petition gefällt. Sie will die Diskussion „angesichts der Komplexität des Themas und der hohen Zahl an Unterschriften“ vertiefen. (Medienmitteilung vom 12.10.2012). Die APK-N lehnte die Petition ab, verabschiedete aber gleichzeitig ein Kommissionspostulat, „weil die Anliegen der Petenten in ihren Augen zu weit gehen, das von der Petition aufgegriffene Problem aber eingehend geprüft werden sollte“ (Medienmitteilung vom 31.10.2012). Das Postulat verlangt vom Bundesrat einen rechtsvergleichenden Bericht, „in welchem dargelegt wird, wie für Auslandsaktivitäten eine obligatorische Sorgfaltsprüfung bezüglich Menschenrechte und Umwelt eingeführt werden kann, und wie die öffentliche Rechenschaftsablage (Reporting) über die hierfür getroffenen Massnahmen aussähe.“ Das Postulat kommt voraussichtlich in der Frühlingssession in den Nationalrat.

### Motion fordert mehr Transparenz im Rohstoffsektor

In den USA wurde im August 2012 ein Gesetz verabschiedet, welches in den USA kotierte Rohstoff-Unternehmen zur Offenlegung aller Zahlungen an Regierungen verpflichtet. In der EU sind Bestrebungen für ähnliche Auflagen im Gange. Der Bundesrat anerkennt in Antworten auf verschiedene Vorstösse (12.3627, 123449) die „Wichtigkeit einer erhöhten Transparenz im Rohstoffbereich“. Damit dieser Erkenntnis Taten folgen, fordert die Motion Fässler (12.3773), dass der Bundesrat eine Regelung analog zu den Ausführungsbestimmungen in den USA erlässt.

## Unternehmen

### Xstrata / Philippinen

Im südphilippinischen Konzessionsgebiet der schweizerischen Bergbaufirma Xstrata hat die Armee Mitte Oktober die Frau und zwei Söhne des Vorsitzenden der lokalen Indigenen-Gemeinschaft der B'laan, Daguil Capion, umgebracht. Eigentlich wollte die Armee Capion selber ausschalten, der ein prominenter Gegner eines riesigen Kupfer-Gold-Minenprojekts von Xstrata bzw. ihrer philippinischen Tochter Sagittarius Mines ist. Menschenrechtsorganisationen werfen der Armee seit langem vor, stets Partei für die vor Ort tätigen

Konzerne zu ergreifen und Proteste gegen deren Projekte mit Repression zum Verstummen zu bringen. Die philippinische Xstrata-Tochter will in Südcotabato rund 5.9 Mia. Dollar investieren, um jährlich 375'000 Unzen Gold zu fördern. Der Beginn des Projekts ist wegen des lokalen Widerstands auf 2018 verschoben worden. (Wochezeitung, 25.10.2012)

### Glencore / Sambia

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore betreibt in Sambia eine riesige Kupferhütte und diverse Minen. Die Fernsehsendung «Reporter» ist der Frage nachgegangen, wie die AnwohnerInnen vor Ort von der riesigen Anlage profitieren, und ist dabei auf Menschen gestossen, die massive Gesundheitsschäden davontragen. (18. Oktober 2012).

### Gold: Die Kehrseite der Medaille

Der steile Anstieg des Goldpreises in den letzten Jahren führte zu einem eigentlichen Goldrush. Unter Einsatz von hochgiftigen Substanzen wie Zyanid oder Quecksilber werden auch winzigste Mengen Gold aus Erde und Gestein gelöst. Unter den Umweltschäden leiden Beschäftigte und AnwohnerInnen, oft Indigene; Kinderarbeit ist verbreitet. Die Schweiz spielt eine zentrale Rolle im Geschäft mit dem Gold: Mehr als ein Drittel des Rohgoldes wird hier verarbeitet, vier der neun grössten Raffinerien haben hier ihren Sitz. Die Gesellschaft für bedrohte Völker informiert in einem soeben erschienenen Bericht über die Hintergründe des Goldabbaus und die Rolle der Schweiz: [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)

## Veranstaltungshinweise

### -> Licht ins Dunkel bringen

Transparenz im Rohstoff-Geschäft –  
Was tut die Rohstoff- Grossmacht Schweiz?  
Podiumsveranstaltung von Swissaid

**Donnerstag, 17. Januar 2013, 14.30 bis 19.00 Uhr**

Kongresszentrum Hotel Ador, Laupenstrasse 15, 3001 Bern

## Weitere Infos

### Weiterführende Informationen zum Thema Menschenrechte und Wirtschaft finden Sie hier:

- [www.rechtohnegrenzen.ch](http://www.rechtohnegrenzen.ch)
- Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, Themenbereiche Wirtschaft und Menschenrechte, [www.skmr.ch](http://www.skmr.ch)
- Business & Human Rights Resource Centre, London: [www.business-humanrights.org](http://www.business-humanrights.org)

### Impressum:

„Recht ohne Grenzen“ ist ein Zusammenschluss von rund 50 Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, Umwelt- und Frauenverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und kritischen Aktionsvereinigungen. „Recht ohne Grenzen“ engagiert sich für verbindliche Regeln für transnationale Unternehmen, damit diese weltweit die Menschenrechte und Umweltstandards respektieren. [www.rechtohnegrenzen.ch](http://www.rechtohnegrenzen.ch)